

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

DSGVO

Liebe Abonnementin, lieber Abonnent unseres Newsletters,

seit dem 25. Mai 2018 gilt unmittelbar die neue EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Wir bleiben gerne mit Ihnen in Verbindung - das ist nach Inkrafttreten der neuen Datenschutz-Grundverordnung aber nur mit Ihrem Einverständnis möglich. Wir möchten Sie gerne weiterhin mit unserem per eMail versandten Newsletter über die Arbeit unseres Verbandes informieren. Aus diesem Anlass möchten wir Sie über die Funktion unseres Newsletters bzw. Informationsverteilers und die dazu notwendige Verwendung Ihrer persönlichen Daten informieren:

- Die Daten werden ausschließlich zum Zweck der Versendung eines Newsletters bzw. von Informationen des OWUS-Dachverbandes sowie der OWUS-Landesverbände (c/o Vorstand OWUS Berlin-Brandenburg e.V.) genutzt. Für die Mitglieder unseres Verbandes werden die Daten auch für die Mitgliederbetreuung genutzt.
- Diese Daten werden auf der Grundlage Ihrer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1a a DSGVO bei uns so lange gespeichert und genutzt, bis Sie der weiteren Verwendung widersprechen. Sie haben das Recht auf Auskunft über sowie die Löschung oder Korrektur Ihrer Daten. Hierfür schreiben Sie uns bitte eine Mail an newsletter@OWUS.de. Sie haben das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (www.datenschutz-berlin.de).
- Möchten Sie weiterhin unseren Newsletter und Informationen erhalten, müssen Sie nichts tun. Wir verstehen keine Reaktion Ihrerseits als stille Genehmigung, Sie weiterhin über unsere Aktivitäten zu informieren.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Sie sich mit [diesem Link](#) aus unserem Newsletter abmelden können.

OWUS-Dachverband

3. KMU-Konferenz von OWUS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung

In Auswertung der Konferenz (siehe Information zur Vorstandssitzung am 12. April http://www.owus.de/owus_bb_2011/newsletter/newsletter_04_2018.pdf) treffen sich am 19. Juni Interessenten zur ersten Beratung der „AG Basishonorare für Lehrbeauftragte“ (siehe auch unter Veranstaltungen), um Möglichkeiten der Berechnung eines Basishonorars für Lehrer an Musik- und Volkshochschulen sowie Hochschulen und anderen Lehrinrichtungen zu diskutieren. Grundlage für ein solches Basishonorar können die Tarifverträge für angestellte Lehrer und Dozenten sein (Arbeitgeber-Brutto, einschließlich Sozialabgaben).

Die **Potsdamer Neuesten Nachrichten** meldeten am 25. Mai, dass die Kursleiter an der Potsdamer Volkshochschule (VHS) künftig gestaffelt je nach Qualifikation und Lehrerfahrung bezahlt werden sollen. (<http://www.pnn.de/potsdam/1287061/>). Das ist zwar ein zu begrüßender Schritt, aber die Höhe dieser Honorare in der Bandbreite von 28 € - 35 € entspricht nicht den Vorstellungen von OWUS über ein Basishonorars. „Für Festanstellungen sei im Haushalt 2018/19 kein Geld vorgesehen,“ so die Potsdamer Bildungsbeigeordnete.

Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer

Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Kulturbranche

Der Kulturbereich ist stark von kurzfristiger Beschäftigung betroffen, häufig im Wechsel zwischen selbständiger und nichtselbständiger Arbeit. Eine Sonderregelung für einen erleichterten Zugang zum Arbeitslosengeld I wurde jetzt bis Sommer 2021 verlängert. Bis dahin soll eine dauerhafte Lösung gefunden werden.

In der Koalitionsvereinbarung wurde die besondere soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kreativen ausdrücklich benannt und die Verbesserung ihrer sozialen Lage in Aussicht gestellt.

Quelle: <https://www.nmz.de/kiz/nachrichten/alg-i-verlaengerung-der-sonderregelung-fuer-kulturschaffende>

Neues zur Petition von Andreas Müller aus Saarbrücken „Gerechte Krankenkassenbeiträge für geringverdienende Selbständige“

Schreiben von Frau Kramp-Karrenbauer, Generalsekretärin der CDU:

„Berlin, im Mai 2018

Sehr geehrter Herr Müller,

für Ihre E-Mail vom 19. April 2018 danke ich Ihnen sehr herzlich. Ihre Ausführungen habe ich mit Interesse gelesen.

Sie rennen mit Ihrem Anliegen bei der CDU Deutschlands offene Türen ein. Denn der Bundesminister für Gesundheit, Jens Spahn MdB, hat inzwischen den Referentenentwurf eines Versichertenentlastungsgesetzes (GKV-VEG) vorgelegt. Mit dem Gesetz soll – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – u. a. die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für Selbstständige abgesenkt werden. Wie Sie sicherlich wissen, zahlen hauptberuflich Selbstständige ihre Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung auf Basis einer Mindestbeitragsbemessungsgrundlage. Diese wird anhand der Bezugsgröße jährlich angepasst. Der Mindestbeitrag entspricht dem 40. Teil dieser Bezugsgröße. Da viele Kleinunternehmer damit finanziell überfordert sind, wird der Mindestbeitrag auf den 80. Teil der Bezugsgröße halbiert. Das entspricht im Jahr 2018 einer Mindestbeitragsbemessungsgrundlage von monatlich 1.142 Euro (anstatt 2.284 Euro), was einen durchschnittlichen Mindestbeitrag von monatlich 171 Euro bedeutet. Damit werden Kleinunternehmer jährlich um 800 Mio. Euro entlastet. Das Gesetz soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.“

https://www.change.org/p/11292134/u/22745872?utm_medium=email&utm_source=petition_update&utm_campaign=329639&sfmc_tk=Fxp%2f8loygDAB6CaV%2fC6QXVZ%2fE3d1LHOeQ4%2fktQi%2fwWQTYHwoStP3vioC8rP86goR&j=329639&sfmc_su_b=198644903&l=32_HTML&u=59023553&mid=7259882&jb=84

Die Forderung von Andreas Müller, die Gesetzesänderung doch noch vor der Sommerpause durchzusetzen, wurde abgeschmettert. Aus dem Konrad-Adenauer-Haus (nicht aus dem Deutschen Bundestag!) wurde ihm inzwischen mitgeteilt

„Sehr geehrter Herr Müller,

die Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, dankt Ihnen für Ihre E-Mail vom 21. Mai 2018 sehr herzlich. Ihre Ausführungen habe ich mit Interesse gelesen.

Die Halbierung der Beiträge für Selbständige zur gesetzlichen Krankenversicherung bedarf einer Änderung des § 240 Sozialgesetzbuch V. Dies ist nur im Rahmen eines Gesetzes

möglich. Da diesem Gesetz noch das Bundeskabinett, der Deutsche Bundestag und der Bundesrat zustimmen müssen, ist das In-Kraft-Treten erst am 1. Januar 2019 möglich.“

https://www.change.org/p/11292134/u/22800617?utm_medium=email&utm_source=petition_update&utm_campaign=340508&sfmc_tk=Fxp%2f8loygDAB6CaV%2fC6QXffCPfcOEgAUdw3wlgKveOzsJZg72MH3M7pGurxT27B&j=340508&sfmc_sub=198644903&l=32_HTML&u=60883322&mid=7259882&jb=83

Der Vorsitzende von OWUS, Dr. Sukowski, kommentierte dazu auf Change.org:

„... Nur zur Erinnerung - die Bankenrettung ging schneller durch die Instanzen. Aber Solo-Selbständige und Kleinunternehmer sind nun mal nicht systemrelevant!“

Kalifornien geht gegen Scheinselbständigkeit vor

Eine Entscheidung des Obersten Gerichts in Kalifornien könnte großen Einfluss auf den Arbeitsmarkt (zunächst nur) in den USA haben. Unternehmen dürfen künftig nur dann als unabhängige Freiberufler einstufen, wenn sie nachweisen können, dass der Arbeitnehmer ohne direkte Aufsicht des Chefs arbeitet, Aufgaben wahrnimmt, die nicht zu den Kernfunktionen des Unternehmens gehören, und wenn der Arbeitnehmer ein unabhängiges Unternehmen gegründet hat. Siehe ausführlich in:

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1087797.urteil-gegen-lohndumping-in-den-usa-kalifornien-geht-gegen-scheinselbststaendigkeit-vor.html>

Neues zu Musiklehrern

Das BSG hat zur Frage der Sozialversicherungspflicht von Musiklehrern entschieden, die mit kommunalen Musikschulen Vereinbarungen abschließen, Unterrichtsleistungen in freier Mitarbeit zu erbringen. Beim Unterricht des Musikschullehrers müsste dieser beim Unterricht das Lehrplanwerk des VdM beachten. Die deutsche Rentenversicherung Bund sah deshalb eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Das Gericht hat diese Entscheidung aufgehoben. Das Verwenden eines Lehrplanwerkes kann nicht dazu führen, dass der Musiklehrer versicherungspflichtig einzustufen ist. Auch die Pflicht, die Räumlichkeiten der Musikschule zu nutzen, kann nicht als gewichtiges Indiz bei der vorzunehmenden Gesamtbetrachtung angesehen werden.

Quelle: Bundesverband Selbständiger Buchhalter und Bilanzbuchhalter

<https://www.bbh.de/node/768>

Aus den Landesverbänden

OWUS Berlin-Brandenburg

Treffen von Abgeordneten der Brandenburger Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE mit Kleinunternehmern und Selbständigen

Am 22. Mai 2018 trafen sich im Brandenburger Landtag Kleinunternehmer, Vertreter von OWUS und der LAG LiU Brandenburg zu einem Gespräch über Probleme von Selbständigen in der Region. Seitens der Landtagsfraktion waren der Parlamentarische Geschäftsführer, Thomas Domres und der Wirtschaftspolitische Sprecher Matthias Loehr anwesend. Matthias Loehr gab zu Beginn der Diskussion eine kurze Information über die Arbeit und Vorhaben der Fraktion zu spezifischen Problemen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen von Selbständigen und Solo-Selbständigen. Dabei hob er Gesetzesinitiativen der Linksfraktion zur Verbesserung der Vergütung freier Musiker und Ausstellungsvergütungen für Künstler in Galerien hervor. Weitere Initiativen, insbesondere bei der Erhöhung der Honorare von Lehrkräften an den VHS und Hochschulen, sind notwendig, da hier bislang keine Fortschritte erreicht werden konnten. Insgesamt, so die Ausführungen der Abgeordneten, ist man aber in diesen Fragen auf einem guten Weg und sucht nach weiteren Möglichkeiten der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kleinstunternehmer. Die Zuständigkeit für die Schulen liegt jedoch in kommunaler Hand (siehe obige Meldung der PNN vom 25. Mai). Würde die Landesregierung hier andere Standards setzen, müsste das Land auch die finanziellen Mittel bereitstellen.

In der Diskussion wurden Themen wie Beitragsbemessungsgrenzen für die Krankenversicherung, Gründungsunterstützung durch das Land, Mindestlohnentwicklung und Vergaberecht, Eigenverantwortung der Selbständigen und kommunalpolitische Aspekte diskutiert. Dabei zeigte sich die Notwendigkeit, bestimmte Themen unter Hinzuziehung weiterer Experten der Fraktion noch tiefer zu debattieren.

Am Ende wurden Empfehlungen ausgesprochen, die das Aufgreifen der Themen für die Diskussion im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Linken betreffen und eine Fortsetzung dieser Diskussionsrunde für das IV. Quartal 2018 beinhalteten.

Vor dem Treffen fand für die Teilnehmer eine Führung durch das Landtagsgebäude statt.

R.G. / R.S.

OWUS-Stammtisch

Im Juni wird kein OWUS-Stammtisch stattfinden. Wir machen deshalb auf eine Veranstaltung der Berliner Landes-AG Wirtschaftspolitik am Sonntag, den 24. Juni, mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE im Deutschen Bundestag Fabio de Masi aufmerksam (siehe auch unter Veranstaltungen). Fabio de Masi war 2014 – 2017 Mitglied des EU-Parlaments und Spezialist für die Aufdeckung der Steuerpraktiken internationaler Großkonzerne. In einer Gesprächsrunde sollen die wichtigsten Themen rund um Schulden, Steuern und Investitionen diskutiert werden.



The image shows a promotional graphic for an event. On the left, there is a grey box with the text 'Gesprächsrunde über' in a smaller font, followed by 'Schulden', 'Steuern', and 'Investitionen' in large, bold, black letters. Below this, it says 'mit Fabio de Masi, MdB'. To the right of the text is a photograph of Fabio de Masi, a man with a beard and mustache, wearing a white button-down shirt, standing outdoors. Below the main graphic is a red horizontal bar. Underneath the red bar, the date 'JUN 24' is displayed in red and black. To the right of the date, the event title 'Gesprächsrunde: Fabio de Masi – Schulden, Steuern, Investitionen' is written in black. Below the title, it says 'Öffentlich · Gastgeber: LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin'. Further down, there are two entries: one for the time 'Sonntag, 24. Juni 15:00 - 17:00' and one for the location 'Karl-Liebnecht-Haus, 28 Kleine Alexander Straße, 10178 Berlin'. Each entry has a 'Bearbeiten' (Edit) button to its right.

JUN 24 Gesprächsrunde: Fabio de Masi –
Schulden, Steuern, Investitionen
Öffentlich · Gastgeber: LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin

🕒 Sonntag, 24. Juni 15:00 - 17:00 [Bearbeiten](#)

📍 Karl-Liebnecht-Haus
28 Kleine Alexander Straße, 10178 Berlin [Bearbeiten](#)

XVI. OWUS- Unternehmerfahrt

Die Unternehmerfahrt findet vom 03. – 07. Oktober statt und führt in diesem Jahr in die slowakische Hauptstadt Bratislava. Sie ist offen auch für Mitglieder aus den anderen Landesverbänden sowie Freunde und Sympathisanten von OWUS. Zu einem Preis von 360 € pro Person (EZ-Zuschlag 90 €) werden ab sofort Buchungen von unserem Mitgliedsunternehmen tuk Touristik und Kontakt International entgegengenommen (tuk-gruppen@derpart.com).

Meldungen aus der Wirtschaft

Kompensation für Feiertage am Wochenende

Feiertage, die auf das Wochenende fallen, sollen an Werktagen nachgeholt werden. Das fordert die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag an den Deutschen Bundestag (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/021/1902133.pdf>). In mehr als 85 Ländern bestehen Kompensationsregelungen für Feiertage, die auf einen Sonntag fallen. Die Linke begründet ihren Antrag damit, dass heutzutage gesetzliche Feiertage nicht nur dem kulturellen Gedenken, sondern vor allem auch der Erholung dienen und damit zur Stressreduzierung und zur Reproduktion der Arbeitskraft beitragen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, „einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem im Arbeitszeitgesetz eine Kompensationsregelung für gesetzliche Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, festgeschrieben wird, welche die Gewährung eines Ersatzruhetages am nächsten Werktag, der auf den Feiertag folgt, vorsieht.“

Quelle: hib - heute im bundestag Nr. 340

ERP-Software

Unser Leser Marcus R. machte uns auf eine Software-Lösung aus Österreich aufmerksam - „SAP für die Kleinen“ von der Firma GEAsoft aus Schrems (Niederösterreich). Die Information geben wir hier gern weiter – siehe www.GEAsoft.at.

Veranstaltungen

14. Juni 2018 Politik im Gespräch des Helle Panke e.V. - „Ökonomie jenseits der schwäbischen Hausfrau“, **Prof. Heiner Flaßbeck zur Situation der Eurokrise**, 19.00 Uhr im Bürogebäude FMP1 in 10243 Berlin (Seminarraum 1) (<https://www.helle-panke.de/topic/3.html?id=2494&context=>)

19. Juni 2018 Erste Beratung der von OWUS initiierten **AG Basishonorare für selbständige Lehrbeauftragte**, 17.00 Uhr im Bürogebäude FMP1 in 10243 Berlin (Seminarraum 7)

24. Juni 2018 Gesprächsrunde der LAG Wirtschaftspolitik mit **Fabio de Masi (MdB)** „Schulden, Steuern, Investitionen“, 15.00 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus in 10178 Berlin (Rosa-Luxemburg-Saal)

<https://dielinke.berlin/partei/igag/lag-wirtschaftspolitik/detail/news/schulden-steuern-investitionen/>

03. – 07. Oktober 2018 XVI. OWUS-Unternehmerfahrt nach Bratislava (Slowakei)

Links

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

<https://oxiblog.de> Wirtschaft anders denken

<http://unternehmenhandeln.de/> (ehemals KMU gegen TTIP)

<http://mitmachihk.berlin/#ziele> für eine starke Opposition in der IHK Berlin

<https://www.ecogood.org/de/> Gemeinwohl-Ökonomie

<http://www.thinktank-linke-wirtschaftspolitik.berlin/> LAG Linke Wirtschaftspolitik Berlin

Der OWUS-Newsletter kann online über die Homepage www.OWUS.de abonniert bzw. direkt über newsletter@OWUS.de bestellt oder abbestellt werden.

Unsere Geburtstagskinder für den Juni 2018

Dr. Gebauer, Irene	03.06.
Singer, Adelheid	04.06.
Dr. Markov, Helmuth	05.06.
Heinrich, Jürgen	10.06.
Kratky, Harry	11.06.
Weißhuhn, Heinz	11.06.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand